

Internationaler Tag gegen Homophobie in Schaffhausen

Nicht von öffentlichem Interesse?

Queerdom, der «les-bi-schwule» Verein der Region Schaffhausen, wollte den Internationalen Tag gegen Homophobie vom letzten Montag nutzen, um die Bevölkerung für die Anliegen der Homosexuellen zu sensibilisieren. Die Verwaltungspolizei hat die geplante Plakataktion auf dem Fronwagplatz jedoch nicht bewilligt.



Daniel Flachsmann, Ronny Bien und Michael Läubli (v.l.) von Queerdom setzen sich zusammen mit Anita Wymann von der Schweizerischen Lesbenorganisation für die Toleranz gegenüber Homosexuellen ein.

Foto: Peter Pfister

■ Marco Planas

Es ist kaum zu glauben, aber wahr. Bis vor zwanzig Jahren definierte die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität noch als psychische Krankheit. Seither hat sich, in Europa zumindest, zwar einiges verändert – dennoch fühlen sich viele lesbische, schwule und bisexuelle Menschen bis heute von der Gesellschaft diskriminiert und in vielen Bereichen ausgeschlossen. Aus diesem Grund wollte Queerdom am vergangenen Montag die Öffentlichkeit anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie auf die verschiedenen Missstände aufmerksam machen.

Homophobie stark verankert

Ursprünglich vorgesehen war eine Plakataktion auf dem Fronwagplatz. Die Verwal-

tungspolizei verweigerte jedoch die notwendige Bewilligung, sagt Michael Läubli, Präsident von Queerdom. Die schriftliche Begründung: «Aufgrund verschiedener, gleichzeitig stattfindender Anlässe (BFU-Kampagne, Slow Up, etc.) haben wir keine Plakatstände mehr zur Verfügung. Zudem werden Plakatstände gemäss gängiger Praxis nur für Anlässe und Veranstaltungen von überregionalem öffentlichem Interesse bewilligt.» Nach dieser Absage versuchte Läubli erneut, diesmal auf telefonischem Wege, für sein Anliegen Gehör zu finden. Ohne Erfolg: «Im Telefongespräch sagte mir die Verwaltungspolizei, sie könne uns keine Bewilligung für die Plakataktion erteilen, da ansonsten auch andere ethnische Randgruppen und Religionen Ansprüche erheben würden.» Diese Argumentation sorgte bei Läubli und den an-

deren Mitgliedern von Queerdom für völliges Unverständnis. Es zeige einmal mehr, wie tief die Homophobie immer noch in der Gesellschaft verankert sei.

Nulltoleranz gefordert

Anstatt der geplanten Plakataktion im Herzen der Altstadt organisierte Queerdom schliesslich eine Pressekonferenz im Güterhof. Dort wies Arbeitsgruppenleiter Daniel Flachsmann auf die wichtige Bedeutung des Internationalen Tages gegen Homophobie hin. Ziel sei es, an diesem Tag internationale Aktivitäten zu koordinieren, auf sich selber aufmerksam zu machen und das Verständnis gegenüber Lesben und Schwulen in der Gesellschaft zu fördern. Die Situation sei bis heute sehr erschreckend, vor allem ausserhalb Europas: Homosexualität ist in rund 70 Län-

dern immer noch illegal, in sieben Ländern werden homosexuelle Handlungen nach wie vor mit dem Tod bestraft.

Anita Wymann, Co-Präsidentin der Lesbenorganisation der Schweiz, wunderte sich über die Begründung der Verwaltungspolizei und das Verbot der Plakatierung. Es bestehe sehr wohl ein überregionales und öffentliches Interesse im Zusammenhang mit Homophobie: «Die Diskriminierung ist heute viel subtiler als früher. Es gibt beispielsweise immer wieder Fälle, in denen homosexuelle Paare Mühe haben, eine gemeinsame Wohnung zu finden. Auch bei der Arbeitssuche kommt es häufig vor, dass Schwule und Lesben benachteiligt werden.»

Queerdom-Vereinsaktuar Ronny Bien forderte die Bevölkerung deshalb dazu auf, die verschiedenen Formen menschlicher Liebe zu akzeptieren. Um die Toleranz zu erhöhen, müssten verschiedene Punkte verbessert werden. «Die Medien tragen ihre Mitschuld am falschen Bild von Schwulen und Lesben in der Öffentlichkeit. Die Presse konzentriert sich in der Berichterstattung in erster Linie auf die exzentrischen und schrillsten Homosexuellen. Von den anderen 95 Prozent ist kaum die Rede.» Bien forderte weiter, die Genderfrage bereits in den

Schulbüchern zu thematisieren. Nur wenn sich Kinder von klein auf auch mit homosexuellen Paaren auseinandersetzen, könnten sie lernen, damit umzugehen. «Niemand sucht es sich aus, homosexuell zu werden. Wir sind genauso ein Bestandteil der Bevölkerung wie alle anderen auch», betonte Bien.

Politik aufmerksam geworden

Die nicht bewilligte Plakataktion auf dem Fronwagplatz sorgte übrigens nicht nur bei den Initianten des Gedenktages für Kopfschütteln. Auch die Politik hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet. Grossstadtrat Andi Kunz von der Alternativen Liste: «Der Internationale Tag der Menschenrechte wird seit Jahren problemlos inmitten der Stadt durchgeführt. Wieso sollte das nicht auch beim Internationalen Tag gegen Homophobie möglich sein? Beide Themen sind sehr wohl von überregionalem und öffentlichem Interesse.»

Kunz fordert den Stadtrat dazu auf, endlich transparent zu machen, wer das Recht hat, auf dem Fronwagplatz etwas zu organisieren: «Es ist schwierig zu verstehen, wieso beispielsweise die Faschachtsorganisatoren, die Nagra oder auch die Raiffeisenbank ihre Anlässe auf dem Fronwagplatz durchführen dürfen, und

andere nicht. Ich finde, der Platz im Herzen der Altstadt sollte so oft wie möglich genutzt werden dürfen. Von allen.»

Auch Grossstadtrat Hermann Schlatter (SVP) findet die Argumentation der Verwaltungspolizei völlig daneben: «Wer entscheidet denn, was von überregionalem Interesse ist? Es kann nicht sein, dass diese Frage von einzelnen Beamten beantwortet wird. Vielleicht braucht es hier eine Art «Mini-Kommission».

Die zuständige Stadträtin Jeannette Storrer hatte bis zur Anfrage der «schaffhauser az» und dem Nachhaken von Andi Kunz und Hermann Schlatter weder Kenntnis von dem Anliegen der Queerdom-Initianten noch von der Antwort der Verwaltungspolizei. Einer Bewilligung für die Benützung des öffentlichen Grundes hätte aus ihrer Sicht «selbstverständlich» nichts im Wege gestanden.

Die Verwaltungspolizei hat sich bisher nicht zum Plakatierverbot geäussert, weil die zuständige Ansprechperson diese Woche nicht erreichbar ist. Stadträtin Storrer verspricht aber, sobald wie möglich mit der Verwaltungspolizei Rücksprache zu nehmen und vertieft abzuklären, «wie die Vergabep Praxis in der zurückliegenden Zeit in Sachen «Kulturstände» gehandhabt wurde».

n Forum

Zumutung am Rheinfall

Für eine in Bern ansässige Institution organisierte ich den diesjährigen Firmenausflug nach Schaffhausen. Mein Ziel war, meinen Kolleginnen und Kollegen aus Bern und der Romanandie, die zum Teil überhaupt noch nie im Kanton Schaffhausen waren, unsere Stadt und den Rheinfall als sympathische Region vorzustellen.

Bei meinen Vorbereitungen und Erkundigungen vor Ort stiess ich auf folgende Absurdität: Lässt man sich mit dem Fährboot vom Schössli Wörth auf die Zürcher Seite des Rheinfalls übersetzen, muss man irritiert feststellen, dass man zwar ein elek-

tronisches Eintrittsbillet für fünf Franken braucht, um das Drehkreuz beim Zugang zum Aussenlift zu passieren, dass es aber gar nicht möglich ist, ein solches zu kaufen! An der Anlegestelle des Fährbootes gibt es zwar einen mit freundlichem Personal besetzten Verkaufsstand, aber nur für Bootstickets!

Rheinfallbesucher (allen Alters und Fitnesszustands) müssen zu Fuss den mühsamen Aufstieg aussen herum hoch zum Parkplatz bewältigen, beim Informationszentrum ein Ticket erstehen (wörtlich gemeint), und sich dann wieder – diesmal mit dem Lift – nach unten begeben, um den Rheinfallerlebnispfad geniessen zu können.

Damit meine Gruppe am Landesteg nicht zu warten brauchte, bis ich den Aufstieg, das Anstehen am Schalter und den Rückweg mit dem Lift bewältigt hatte, wollte ich drei Tage vorher 20 vordatierte Tickets kaufen, was aber aus Softwaregründen nicht möglich war ...

Sieht so eine aktive Tourismusförderung aus?

Walter Mahler,
Schaffhausen

Saubere Medienarbeit

Betr. «Das schreckliche Ende des Cläwe Cle» («az» vom 14. Mai 2010)

Am letzten Donnerstag erschien in den «SN» (vormals

Schaffhauser Intelligenzblatt) die Berichterstattung über den neuen Band der Reihe «Schaffhauser Beiträge zur Geschichte» mit Foto der Medienvorstellung. Zufall oder nicht: Der kritische Wirtschaftsjournalist und aufrechte Sozialdemokrat Adrian Knoepfli, Autor und Aufarbeiter der Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft Schaffhausen (GGS) passte dem Blatt nicht ins Bild. Die «schaffhauser az» hat das sauber gebracht. Dort hatte Adrian Knoepfli schön Platz zwischen dem Staatsarchivar und dem GGS-Präsidenten. Aber wie beginnt das Morgengebet in der Redaktionsstube der «SN»: «Unsere tägliche Korrektur gib uns heute...»

Hans Bölsterli, Schaffhausen